

Beschluss des Landrats vom 14.12.2022

Nr. 1903

19. Aktuelle Zahlen zur ukrainischen Flüchtlingssituation in Baselland 2022/484; Protokoll: ps

Peter Riebli (SVP) wünscht die Diskussion

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Peter Riebli (SVP) dankt für die ausführliche Beantwortung mit präzisen Zahlen. Dennoch ist einiges unklar. Angesichts der Zahlen zu Alter und Geschlecht der anwesenden Flüchtlinge ist festzustellen, dass über 12 % Männer im Alter zwischen 18 und 60 Jahre sind, die eigentlich gar nicht hätten aus der Ukraine ausreisen dürfen. Ist davon auszugehen, dass diese nie mehr zurückreisen werden, weil sie bei ihrer Rückkehr wegen Republikflucht vor Gericht gestellt würden? Werden sie um Asyl ersuchen, weil sie anscheinend illegal ausgewandert sind?

Weiter ist festzustellen, dass der Anteil an privaten Unterkünften auf 42 % gesunken ist. Es ist davon auszugehen, dass weiterhin ukrainische Flüchtlinge eintreffen werden, speziell in Anbetracht der Tatsache, dass die russische Armee die Infrastruktur lahmlegt und es Winter ist. Die Unterbringung in privaten Unterkünften kann nicht mehr gesteigert werden und die Gemeinden werden verzweifelt weitere Unterkünfte suchen müssen, obwohl sie bereits jetzt am Anschlag sind, nicht nur wegen der ukrainischen Flüchtlinge, sondern allgemein wegen der Migrationsbewegung. Hat sich der Kanton überlegt, was er unternehmen könnte, wenn in den nächsten Monaten schweizweit mehrere 10'000 und im Baselland weitere 1'000 Flüchtlinge kommen sollten?

Ebenso erstaunt, dass 340 Personen als verschwunden gemeldet sind. Sind die in einen anderen Kanton gezogen? Findet kein Informationsaustausch zwischen den Kantonen statt, wenn ein Flüchtling verschwindet? Kann er im Kanton Solothurn wieder Sozialhilfe verlangen oder taucht er als Sans-Papier unter? Kehren die Leute in die Ukraine zurück, mag dies gut sein, aber es erscheint nicht gut, wenn sie in der Schweiz untertauchen.

Ca. 11 % der Arbeitsfähigen gehen einer Arbeit nach. Diese arbeiten jedoch nicht in denjenigen Branchen, in denen ein Fachkräftemangel herrscht. Dieser kann damit nicht gelöst werden. Es ist erstaunlich, dass nur 71 Personen beim RAV gemeldet sind. Von den fast 2'000 Personen wollen nicht so viele in der Schweiz arbeiten, obwohl sie dies könnten.

Ein grosses Problem ist die Verlängerung des Status S. Die Gemeinden gelangen bezüglich Unterkunft und Betreuung langsam in einen extremen Notstand. Hat sich der Kanton ein Szenario B überlegt, wenn die Gemeinden die Leute nicht mehr unterbringen können? Der Status S ist rückkehrbezogen. Eine Lokalität zu finden, ohne zu wissen, ob die Personen in drei Monaten oder einem Jahr zurückkehren, ist schwierig. Eine solche muss gemietet oder gekauft werden und kann dann nicht mehr besetzt werden, weshalb dies für viele Gemeinden keine Option ist, Deshalb sollte sich der Kanton überlegen, ob bei einer weiteren Zunahme der Flüchtlingswelle die Leute nicht zentral untergebracht werden könnten.

Die Fragen können auch nachträglich beantwortet werden.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) kann die Fragen weitestgehend beantworten. Die erste Frage ist am schwierigsten zu beantworten. Die Personen werden vom Bund den Kantonen zugewiesen ohne Angaben, ob diese aus der Ukraine hätten ausreisen dürfen. Es gibt jedoch auch viele nicht-wehrtaugliche und ältere Männer. Die Antworten können nachgeliefert werden. Bezüglich der Unterkünfte ist der Kanton gut unterwegs. Erfreulicherweise funktionieren die Privatunterkünfte besser und auch länger und nachhaltiger, als erwartet wurde. Die Betreuungsverhält-

nisse sind recht stabil. Dies führt auch dazu, dass kein unmittelbarer, grosser Druck auf die Gemeinden besteht.

Der Druck bei den Gemeinden ist sehr unterschiedlich. Es gibt Gemeinden, die ihr Soll bereits erfüllt haben, andere noch nicht. Letzteren wird gerne vorgeworfen, sie würden zu wenig tun. Jedoch ist es nicht immer so einfach, Wohnraum zu finden, auch wenn grosse Anstrengungen unternommen werden. Das weiss der Kanton. Deshalb wurden von Beginn an kantonale Unterkünfte geschaffen. Gemäss Asylverordnung hat der Regierungsrat die Kompetenz, Zwischenzentren einzurichten, und dies wurde getan, aktuell in Laufen im alten Spital, wo 150 Personen untergebracht werden sollen. Als Vorbereitung auf den Winter war eine Unterkunft auf dem Leuenberg vorgesehen, jedoch konnte diese Lösung nicht umgesetzt werden, weil der Eigentümer einen anderen Käufer gefunden hat. Es werden jedoch noch andere Ideen verfolgt, beispielsweise eine Erhöhung der Kapazität im Spital Laufen. Das Ziel ist nach wie vor – und bis jetzt kann dieses erreicht werden –, dass niemand unterirdisch untergebracht werden soll. Es gibt noch weitere Lösungsansätze. Sollte absolut Not am Mann sein, besteht nach wie vor die Möglichkeit, die Leute unterirdisch unterzubringen.

Verschwinden Asylsuchende? Die Gemeinden melden von einer erheblichen Anzahl, dass sie nicht mehr da sind. Der Bund erfasst die Personen zentral und weist sie den Kantonen zu. Grundsätzlich ist bekannt, wer in die Schweiz eingereist ist und wer welchem Kanton zugewiesen wurde. Geht jemand, weiss man dies nicht. Die Personen gehen meist in ein anderes Land oder noch öfters zurück in die Ukraine. Sie melden sich nicht ab. Normalerweise gehen sie dorthin, wo sie jemanden kennen oder ein Kontakt besteht. Dies ist der erste Zwischenstopp, und von dort aus orientieren sie sich neu. Verifizieren lässt sich dies jedoch nicht; es handelt sich um Erklärungsversuche.

Meistens gibt es bezüglich der Arbeit Probleme mit der Sprache. Es scheitert nicht am Willen dieser Personen, der ist relativ gross, sondern an der Sprache. Manchmal spielt auch das Bildungsniveau eine Rolle. Es gibt Integrationsprogramme, insbesondere im Status S werden Deutschkurse finanziert. Aber der Fachkräftemangel kann so nicht aufgefangen werden. Insbesondere sprechen jedoch die jüngeren Leute Englisch, was ein Vorteil ist. Sie können vor allem in Bereichen Fuss fassen, in denen die Fachsprache Englisch ist.

Peter Hartmann (Grüne) hat eine weitere Frage. Peter Riebli hat angesprochen, dass die Personen den Fachkräftemangel nicht unbedingt mildern könnten. Der Redner hat Kenntnis von drei Ukrainerinnen mit medizinischen Ausbildungen, mindestens zwei verfügen über ausreichende Deutschkenntnisse, jedoch wird das Diplom nicht anerkannt. Gibt es eine Möglichkeit, einen Weg zu finden, um hochqualifizierte Leute integrieren zu können?

Marc Schinzel (FDP) hat zwei Bemerkungen. Die Frage der anwesenden Männer muss etwas eingeordnet werden. Die Statistik zeigt, dass viele der männlichen Geflüchteten zwischen 0-19 Jahre alt sind, nämlich 365 Personen. 258 sind zwischen 19-65jährig. Es gibt deutlich mehr Jungen und Jugendliche als militärdiensttaugliche Männer. Die Frauen der so genannt aktiven Jahrgänge – das ist bezeichnend – sind mit dem Faktor drei oder vier stärker vertreten. Daran ist zu erkennen, dass Familien, häufig Mütter mit Kindern, kommen. Dies entspricht auch dem tagtäglich Gehörten. Die brutalen, perversen Bombardements von Städten in der ganzen Ukraine treffen vor allem die Zivilbevölkerung. Die Kinder haben dort keine Möglichkeit, ein normales Leben zu führen, und kommen in die Schweiz. Die Statistik bestätigt das Bild; es handelt sich um eine gute Arbeit des Regierungsrats.

Auch bei den Männern im militärdiensttauglichen Alter müsste genauer geschaut werden, aus welchen Gründen diese geflüchtet sind. Es macht den Eindruck, dass die Geflüchteten zurückkehren, sobald sie können. Diese wurden vertrieben und der grösste Wunsch ist, zurückzukehren. In den befreiten Gebieten sah man, wie die Leute zurückkehren.

Peter Riebli (SVP) bemerkt zum Vorredner, 228 Leute seien im Alter von 20-60 Jahren. Das Ausreiseverbot gilt für Männer zwischen 18-60 Jahren. Immerhin 12 % der hier anwesenden Männer werden vermutlich ein Problem haben. Dem Redner sind einige Fälle bekannt. Ein Mann ist mit seiner jungen Familie eingereist und bekam den S-Status, obwohl er vorher sechs Jahre in Polen lebte. Der S-Status in der Schweiz ist angenehmer, als in Polen zu arbeiten. Dies könnte der Regierungsrat abklären: Wie viele Leute, die ursprünglich aus der Ukraine stammen, sind über ein sicheres Zwischenland, in dem sie mehrere Jahre gelebt haben, eingereist? Der S-Status hat eine gewisse Attraktivität, die nicht unterschätzt werden darf.

Ronja Jansen (SP) ist irritiert über gewisse Wortmeldungen von Peter Riebli. Es ist nicht zu vergessen, dass in der Ukraine Krieg herrscht und sich Männer vielleicht nicht abschlagen lassen wollen und deshalb fliehen. Gerade von einer Partei, die die Unabhängigkeit vom Ausland und die gegenseitige Nicht-Einmischung immer so wichtig findet, sind diese Äusserungen seltsam. Als Schweiz und als Landratsmitglieder sollte man sich darauf konzentrieren, die Verantwortung wahrzunehmen, die darin besteht, Menschen in Lebensgefahr Asyl zu bieten und nicht Polizei zu spielen, wenn Männer auch fliehen, weil sie vielleicht Angst haben und ihr Leben retten wollen, was sehr verständlich erscheint. Zur Vermischung mit dem Fachkräftemangel: Menschen fliehen und kommen nicht wegen der netten Jobangebote. Die Verbindung erscheint seltsam, dass die Menschen nicht in der Branche tätig sind, in denen es Arbeitskräfte bräuchte. Es herrscht Krieg. Diesen haben sich die Leute nicht ausgewählt.

Andrea Heger (EVP) ist zu Ohren gekommen, dass Männer ausreisen dürfen, wenn sie drei Kinder haben. Der Regierungsrat soll abklären, ob dies stimmt oder nicht.

Marc Schinzel (FDP) ergänzt, auch abzuklären oder zu bedenken wäre, dass die Männer auch aus russisch besetzten Gebieten der Ukraine stammen könnten wie Saporischschja, Mariupol und Luhansk. Es könnten auch Leute aus diesen Gebieten sein. Diese würden sich dem russischen Kriegsdienst entziehen. Russland führt einen Angriffs- und Aggressionskrieg.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) hält fest, die Schweiz engagiere sich stark, ebenso der Kanton Basel-Landschaft, dies alles im Rahmen des Gesetzes. Es gibt keinen Grund, dem einen oder anderen etwas vorzuwerfen. Der Krieg wird ernstgenommen. Man bedauert das Ganze und hofft, dass der Krieg bald vorbei ist.

Der Fachkräftemangel ist ein Bereich der Bildung und wird vom SBFJ in Bundesbern geregelt. Der Redner oder Monica Gschwind könne nachfragen. Es gibt Probleme bei der Anerkennung von Diplomen, dies aus Gründen der Qualität der Arbeit im Gesundheitswesen. Der Redner glaubt nicht, dass mit Absicht Diplome nicht anerkannt werden.

Zzu den Männern: Es sind vorab gesundheitliche Probleme, die eine Rolle spielen. Es handelt sich um jene, die nicht kriegstauglich sind oder gesundheitlich nicht in der Lage sind, Waffendienst zu leisten. Die Frage wird jedoch nochmals vertieft, auch die Frage bezüglich der drei Kinder.

://: Die Interpellation ist erledigt.
